

Synode der HH Kirchenkreise
Dienstag, 2. Februar 2016
17.00 Uhr, Patriotische Gesellschaft

Sehr geehrte Frau Bischöfin Fehrs,
sehr geehrter Herr Professor Hartmann,
sehr geehrter Herr Lux,
meine sehr geehrten Damen und Herren,

Sie haben mich gefragt, was unsere Stadt zusammenhält, und es ist beruhigend, wie vieles einem da spontan einfällt, zum Beispiel

- die Einladung der Kreissynoden heute Abend,
- die Patriotische Gesellschaft, in deren Räumen wir uns befinden,
- die Bündnisse mit Kammern oder in den Quartieren,
- alle, die sich für statt gegen etwas einsetzen,
- und alle, die unseren Kindern helfen, starke Persönlichkeiten zu werden,
- ehrbare Kaufleute,
- die roten Fahrräder, die man für kleines Geld mieten kann,
- freies WLAN,
- wahlweise der HSV oder St. Pauli,
- die Einbürgerungsfeiern in unserem Rathaus,
- dass jedes Hamburger Schulkind mindestens einmal die Elbphilharmonie besuchen wird,
- das Winternotprogramm und das Forum Flüchtlingshilfe,
- barrierefreie Busse,
- ausreichend bezahlte Arbeit.

Für die meisten hier im Raum klingen diese Punkte vermutlich plausibel, aber je mehr Punkte man aufführt, desto uneinheitlicher wird die Gesamtmenge. Die israelische Soziologin Eva Illouz glaubt zum Beispiel, dass der Konsum unsere westlichen Gesellschaften ganz wesentlich zusammenhält – wenn das stimmt, ist dieser Klebstoff dann auch automatisch gut für unsere Stadt?

Oder noch ein Beispiel: Die Stadt hat für die Aufnahme der Flüchtlinge allein im vergangenen Jahr

über 500 Millionen Euro ausgegeben. Die Integration der Flüchtlinge ist zweifellos enorm wichtig für den Zusammenhalt in unserer Stadt. Das gilt langfristig aber auch für die Generationengerechtigkeit, weshalb wir in der Hamburger Verfassung eine Schuldenbremse verankert haben. Was tun, wenn beide Interessen in einen Konflikt geraten, weil den steigenden Kosten irgendwann keine steigenden Einnahmen mehr gegenüber stehen?

Man merkt schon: Zusammenhalt hat viel mit Gerechtigkeit zu tun.

Was tun wir für die Gerechtigkeit?

Wer Hamburg von Blankenese nach Billstedt oder von Rothenburgsort nach Poppenbüttel durchquert, dem können angesichts der sozialen und kulturellen Unterschiede schon Zweifel kommen, ob er sich noch in derselben Stadt befindet. Das tut er aber und es ist wichtig, das auch so wahrzunehmen: Der Osdorfer Born gehört zu Hamburg wie Nienstedten, Harburg oder Langenhorn, wo Helmut und Loki Schmidt in ihrem Bungalow Präsidenten empfangen.

Hamburg ist eine Stadt - das ist unser Ziel. Und das meint nicht, eine Stadt ohne Unterschiede, sondern dass es sich überall ordentlich und sicher leben lässt, dass die meisten Menschen eine Arbeit haben und ihr Leben selbst bestimmen können, dass die Chancen der Kinder nicht durch ihre Herkunft und den Stadtteil, in dem sie aufwachsen, eingeschränkt sind.

Zusammenhalt heißt, dass wir niemanden zurücklassen wollen, und dafür tun wir viel. Das ist auch nötig, wie das aktuelle Sozialmonitoring der Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen zeigt: Im überwiegenden Teil der Stadt – genau in 82 Prozent der Wohngebiete – können wir weitgehend bis sehr zufrieden sein. Aber ein knappes Fünftel profitiert vom allgemeinen Wohlstand wenig und in jedem zehnten Wohngebiet bewegt sich kaum etwas. Wobei die Statistik über das Wesentliche noch nichts aussagt: Auch in einem solchen Stadtteil wohnen nicht immer dieselben. Mancher, der mit Hamburg die Aussicht auf ein besseres Leben für sich und seine Familie verbindet, kommt eben zunächst in einem solchen Stadtteil an. Problematisch ist es, wenn sich bei einem Teil der Bewohnerschaft die Abhängigkeit von staatlichen Leistungen über Generationen verfestigt hat. Auch wenn die soziale Schere insgesamt nicht weiter aufgegangen ist – wir werden uns damit nicht abfinden.

Um Gerechtigkeit zu schaffen, müssen wir dafür sorgen, dass soziale - und in Hamburg auch räumliche - Mobilität entsteht. Der dänische Sozialwissenschaftler Gösta Esping-Andersen hat das Dilemma bereits vor über zehn Jahren beschrieben (Why we need a new welfare state): Trotz mehr sozialer Sicherheit und Öffnung der Bildungssysteme ist die Herkunft für Aufstiegs- und

Verdienstchancen immer noch entscheidend. „Die Ironie besteht darin“, sagt Esping-Andersen, „dass in der Wissensgesellschaft Klassen weniger sichtbar, aber umso wichtiger sind.“

Seine Empfehlung: Ausbau der frühkindlichen Erziehung und Ganztagsbetreuung.

Während im Bund über ein Betreuungsgeld hin und her diskutiert wurde, haben wir in Hamburg seit 2011 flächendeckend gebührenfreie und auch ganztägige Krippen- und Kitaplätze geschaffen und auch darüber hinaus das Bildungsangebot vom Kopf auf die Füße gestellt: An allen Grund- und weiterführenden Schulen haben wir die Ganztagsbetreuung und die Lernmittelfreiheit eingeführt und an den Universitäten die Studiengebühren abgeschafft. An allen weiterführenden Schulen – Stadtteilschulen wie Gymnasien - kann man jetzt Abitur machen. In Hamburg gibt es auch das Recht auf einen Hauptschulabschluss und eine Jugendberufsagentur, die hilft, den Sprung in Ausbildung und Beruf zu schaffen - ein Vorbild in ganz Europa.

Um soziale Mobilität herzustellen, setzen wir auf drei Faktoren:

- Bildung, wie ich sie eben beschrieben habe;
- bezahlbare und geförderte Wohnungen, die wir über die ganze Stadt verteilen,
- und Arbeitsplätze.

Der Bau von Wohnungen in großem Stil und die Erschließung neuer Quartiere bringen erstmals seit 20 Jahren wieder Bewegung in die Stadt. Diese Dynamik wird helfen, die verfestigten Strukturen in manchen Stadtteilen aufzuweichen - auch wer nur den Mindestlohn verdient – übrigens etwa 1.470 Euro brutto -, wird in Zukunft Wohn-Alternativen in unterschiedlichen Stadtteilen finden.

Allein im vergangenen Jahr haben wir den Bau von 9.560 Wohnungen genehmigt. Jedes Jahr bauen wir 2.000 neue Wohnungen, die sozial gefördert sind. Wir planen überall mit diesem Drittelmix aus Eigentum, freier Vermietung und Sozialwohnungen und verhindern so von vornherein, dass neue Schieflagen entstehen. Die neuen Quartiere im Süden wie im Osten, in Altona wie in der HafenCity wiederholen die Fehler der Vergangenheit nicht. „Städte brauchen mehr Mischung“ - das hat auch die Immobilienwirtschaft bei ihrem Herbstdiskurs festgestellt. Um einer neuerlichen Polarisierung entgegenzuwirken, müssen deshalb auch alle Stadtteile Flüchtlinge aufnehmen und alle Bezirke Flüchtlingsunterkünfte bauen.

Eine nur noch für diejenigen, die sehr viel Geld verdienen, bezahlbare Innenstadt, in der weder Durchschnittsverdiener noch Familien und Kinder leben, wollen wir in Hamburg ausdrücklich nicht -

in dieser Beziehung ist eine Stadt wie London, die zweifellos auch sehr schön ist, für uns eher ein abschreckendes Beispiel. Ein Hamburg für alle - das gilt von der HafenCity bis über die Elbe und an die Randbezirke. Deshalb stärken wir auch weiter die öffentlichen Wohnungsbaugenossenschaften, die 14 Prozent aller Mietwohnungen und 39 Prozent der Sozialwohnungen stellen. Noch mal so viele preiswerte Wohnungen stellt die Wohnungsbaugenossenschaft SAGA. Und wir achten beim Verkauf städtischer Grundstücke nicht nur auf den Preis, den wir erzielen können, sondern knüpfen den Verkauf an Bedingungen hinsichtlich sozialer Mischung, Barrierefreiheit, Energieeffizienz und öffentlicher Freiräume.

Das andere große Thema, das uns alle bewegt, ist die Aufnahme der Flüchtlinge.

Hamburg nimmt seit Jahrhunderten Flüchtlinge auf. 1572 zum Beispiel viele Hugenotten, die nach der blutigen Bartholomäusnacht vor religiöser Verfolgung aus Frankreich nach Altona flohen. Wir wissen aus der Geschichte, dass mit den Zuwanderern langfristig immer ein Wachstum der Stadt und des Wohlstands verbunden war. Aber wenn in diesem Jahr vielleicht 1,5 Millionen Flüchtlinge nach Deutschland kommen, dann wird es irgendwann schwierig werden, Friktionen und politische Erschütterungen noch zu verhindern. Auch die Kirchengemeinden spüren das.

Man ist schon versucht, an biblische Themen zu denken. Die Bibel erzählt ja viele Fluchtgeschichten: vom Wirtschaftsflüchtling Abraham bis hin zu Jesus, der heute vermutlich nach der Genfer Flüchtlingskonvention Asyl bekäme. Was die Bibel nicht erzählt, ist, was zum Beispiel der Samariter getan hätte, wäre nicht ein Einzelner vor ihm gestanden, sondern Hunderte, die unter die Räuber gefallen sind. Ich wage mal eine Vermutung: Er hätte weitergemacht. Und sich vielleicht Verbündete gesucht - nach dem Motto „Geht hin und handelt ebenso.“ (wie Jesus es in dem Gleichnis sagt).

Und so ähnlich versuchen wir das jetzt auch, unabhängig davon, ob wir es Nächstenliebe nennen oder Solidarität. Wir können das schaffen – aber wir müssen unsere Kräfte realistisch einschätzen. Hamburg hat in den vergangenen drei Jahren 40.000 Unterbringungsplätze geschaffen, und trotzdem müssen noch 7.000 Geflüchtete in Baumärkten und teilweise in Zelten schlafen.

Die Stadt tut viel. Mütter und Väter, die geflohen sind, erhalten Kita-Gutscheine, und in der Nähe der Unterkünfte haben wir Vorbereitungsklassen eingerichtet. Wir haben fast sofort Erzieherinnen und Erzieher sowie Lehrerinnen und Lehrer eingestellt – ungefähr 5.000 geflüchtete Kinder und Jugendliche besuchen in Hamburg allgemein- und berufsbildende Schulen. An Letzteren führen wir

jetzt schrittweise ein ganztägiges Angebot und wöchentliche Tage im Betrieb ein. 2.000 Praktikumsplätze wird die Hamburger Wirtschaft dafür zur Verfügung stellen.

Gut angelaufen ist auch das Programm „W.I.R“, das für „work and integration for refugees“ steht und Flüchtlinge qualifiziert und auf den Arbeitsmarkt vermittelt. Es ist in Zusammenarbeit mit der Agentur für Arbeit, dem Jobcenter und der Handels- und Handwerkskammer entstanden.

Wachstum

So viele ziehen mit an einem Strang, und trotzdem werden wir diese großen Anforderungen nicht aus Bordmitteln bewältigen können.

Wenn wir so vielen Flüchtlingen helfen und auch die benachteiligten Stadtteile voranbringen, wenn wir allen Kindern eine Perspektive geben und auch noch die Stadt barrierefrei und ökologisch umbauen wollen – dann brauchen wir in Zukunft mehr Wirtschaftswachstum als bisher. Nur über verstärktes Wachstum können wir auch die zusätzlichen Arbeitsplätze schaffen, die wir für die Flüchtlinge brauchen. Eine starke Wirtschaft ist der Schlüssel zur Bewältigung unserer Aufgaben. Und da kommen wir dann schnell zu Themen, an denen der Konsens nicht immer gegeben ist, wie die Elbvertiefung zum Beispiel oder der Bau großer Tunnel, welche aus wirtschaftlicher Perspektive unbedingt wünschenswert sind. Wie wir mit Dissens und Konflikten umgehen, wird mit darüber entscheiden, wie gut wir die Gesellschaft zusammenhalten können.

Aufgabe der Kirchen

Im Moment beobachten wir, wie die Fliehkräfte in der Gesellschaft zunehmen und da müssen wir gegensteuern und sehr bewusst nach Verbindende suchen, damit die Fähigkeit der Gesellschaft zum Diskurs erhalten bleibt. Das gilt besonders für den Diskurs über die Frage, wie wir damit umgehen, wenn die Flüchtlingszahlen nicht zurückgehen.

Immer öfter klagen Anwohner, weil sie die Unterkunft für zu groß oder den Ort für unpassend halten – das ist ihr gutes Recht, aber Flüchtlinge müssen deshalb noch länger in Zelten übernachten und Mitarbeiter der Bezirksamter noch mehr Überstunden machen. Und während sich die einen gegen Unterkünfte in ihrer Nachbarschaft wehren, fordern andere noch mehr Engagement von der Stadt und dass jeder kommen und bleiben darf, wie er will.

In der Bundesrepublik haben wir den Staat, der den Willen der Mehrheit durchsetzt und die Rechte der Minderheiten schützt, immer positiv als Teil der Gesellschaft begriffen. Heute wird der

Kompromiss, der aus einer Debatte hervorgeht, manches mal als unzureichend empfunden und die eigene Position bewegt sich wenig. Demokratie funktioniert aber nicht frei nach dem Motto von Adam Smith, der meinte, jeder müsse nur seine Sicht vertreten, dann käme am Ende schon etwas Gutes dabei heraus. Wenn jeder nur seine Sicht der Dinge vertritt, wer hält dann das große Ganze zusammen? Man kann die Verantwortung fürs Ganze nicht einfach delegieren. Wer sollte dann für die Kohärenz zuständig sein, dafür, dass die Dinge im Zusammenhang abgewogen werden und das Projekt unserer Stadt für alle aufgeht?

Wir brauchen Orte und Institutionen, die einen Blick für das Ganze haben und ihn auch vermitteln können, und da kommt den Kirchen eine zentrale Aufgabe zu. Weil sie mit ihren Kirchengemeinden tief in der Gesellschaft und den Stadtteilen verwurzelt sind. Und weil die christliche Tradition die Vielstimmigkeit lange eingeübt hat. Eine Tradition, die auch das verständigungslose, pfingstliche Einander-Verstehen kennt.

Meine Damen und Herren,

die Türme der fünf Hamburger Hauptkirchen sind, abgesehen vom Fernsehturm, immer noch die höchsten Gebäude der Stadt. 147 Meter hat das Mahnmal St. Nikolai, 132 Meter St. Petri und St. Michaelis, 125 Meter St. Jakobi und 116 Meter St. Katharinen. Erst danach folgen das Rathaus (112 m) und die Elbphilharmonie (110 Metern).

Das große Ganze unserer Stadt im Auge zu behalten, dürfte Ihnen nicht schwerfallen.

Zumal die Kirche auch am Boden stark ist. Die Kirchengemeinden sind Orte der Hoffnung, der Musik und des Gottesdienstes, sie sind Schulen der Zivilgesellschaft und Partner im Quartier. Wer, wenn nicht sie, könnte helfen, die Stadt zusammenzuhalten? Wer könnte besser als sie mit den religiösen Gruppen, die neu in der Stadt sind, ins Gespräch kommen?

Für all das, was die Kirchengemeinden tun, danke ich Ihnen allen im Namen des Senats und der ganzen Stadt sehr herzlich.

Vielen Dank.